

Schwerpunkt

Bürgergesellschaft und Nationale Stadtentwicklungspolitik

Editorial

„Public value“ – das Instrument der Bürgergesellschaft
Peter Rohland, Hauptgeschäftsführer des vhw e.V., Berlin



Stadtentwicklung

Verbandsarbeit in der Bürgergesellschaft: durch Orientierung am Bürger „public value“ schaffen 283
Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert, Wissenschaftszentrum Berlin

Engagementpolitik als neues Politikfeld – Leitideen, Institutionen und Instrumente 288
Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Mitigation oder nur Adaptation? – Zur Debatte um die Fortführung des Stadtumbaus Ost 294
Prof. Dr. Max Welch Guerra, Bauhaus Universität Weimar

Stadtpositionen und Stadtpolitik: strategische Ansätze für eine Nationale Stadtentwicklungspolitik 299
Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin

Stadtplanung – Stadtentwicklung – Stadtmanagement: Herausforderungen für eine Nationale Stadtentwicklungspolitik 303
Prof. Dr. Heidi Sinning, Fachhochschule Erfurt

Integrierte Stadtentwicklungspolitik – die Wohnungswirtschaft als Partner 308
Dr. Bernd Hunger, GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Berlin

Rückbau und Aufwertung: Stehen die Altbaubestände im Abseits? – Empirische Befunde für Sachsen 312
Dominik Weiß, Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Urbaner Wandel durch Migration – Das Beispiel eines Einwandererquartiers in Köln-Mülheim: die Keupstraße 319
Dr. Erol Yildiz, Universität zu Köln

Stadtentwicklung in der Bürgergesellschaft – Rahmenbedingungen, Zwischenergebnisse und Arbeitshypothesen am Beispiel der Handlungsfelder „Stadtumbau“ und „Soziale Stadt“ 326
Dr. Walter Metscher, vhw e.V., Berlin



vhw Werkstatt

Wenn alle das Beste wollen ... und Bürgerorientierung dennoch zum Problem wird. Eindrücke aus einem offenen Gespräch über alltägliche Schwierigkeiten 331
Helene Hüttinger, Britta Rösener, Marion Stock, RWTH Aachen



Nachrichten

Fachliteratur 335



WohnungsMarktEntwicklung

Das regionale Wanderungsgeschehen 2006 336
Bernd Hallenberg, vhw e.V., Berlin



Peter Rohland

„Public value“ – das Instrument der Bürgergesellschaft

In dem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung initiierten Memorandum zur Konstituierung einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland wird angesichts der grundlegend gewandelten Perspektive städtischer Zukunft – zu Recht – ein erneutes Nachdenken über Neuorientierungen in der Stadtentwicklung und über Initiativen zu deren Umsetzung eingefordert. Eine solche Initiative – so das Bundesministerium – kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie zivilgesellschaftlich getragen wird.

„Stadt zum öffentlichen Thema zu machen bedeutet, eine Basis und eine Grundstimmung für selbstbestimmtes bürgerschaftliches Handeln zu schaffen. Bürger einer Stadt sollen in eine aktive Rolle und zugleich auf Augenhöhe mit solchen Akteuren gebracht werden, die sich professionell mit der Stadt beschäftigen oder die diese Stadt kommerziell nutzen wollen.“ (Zitat Memorandum, Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik, S. 22)

Mit diesem Zitat wird ein offensichtlich zentrales Anliegen des Memorandums auf den Punkt gebracht: die Emanzipation des Bürgers im Diskurs über die Zukunft unserer Städte. Wenn das Memorandum in diesem Sinne zu verstehen ist, dann ist man beim verbandspolitischen Anliegen des vhw angekommen: nicht nur eine bürgerorientierte, sondern eine vom Bürger ausgehende Stadtentwicklungspolitik.

Wie kann aber die Rolle des Bürgers als Souverän näher konkretisiert und konzeptionalisiert werden?

Sicherlich ist der im Memorandum vorgeschlagene kleinmütige Ansatz der „guten Praxis“ unzureichend. Der Bürger hat bisher in der Stadtentwicklungspolitik – wenn überhaupt – nur eine marginale Rolle gespielt, wie der bisherige Stadtumbauprozess belegt. Von einer Weiterentwicklung im Sinne einer „guten Praxis“ kann insoweit nicht gesprochen werden. Notwendig ist hier vielmehr ein Neuanfang. Dieser Neuanfang liegt aber aus Sicht des Verbandes nicht in der Weiterentwicklung des „Werkzeugkastens Beteiligungsverfahren“. In diesem ist vielmehr all das vorhanden, was das Herz des Planers begehrt: Von A wie Anwaltsplanung bis Z wie Zukunftswerkstatt.

Soll die Neuorientierung in der Stadtentwicklung tatsächlich zivilgesellschaftlich getragen werden, ist eine Stadtentwicklungspolitik notwendig, die nicht vom Staat, sondern vom Bürger her zu denken ist und die den Bürger zum zentralen Orientierungspunkt des Aufgabenverständnisses macht.

Aus Sicht des vhw liegt es bei dieser grundsätzlichen Neujustierung in der Stadtentwicklungspolitik – soweit es die neue Akteursrolle von Staat und Bürger betrifft – nahe, dasjenige Gedankengut fruchtbar zu nutzen, das – wie das Konzept des „public value“ – genau den Bürger und seine Interessen zur Richtschnur und zum Bezugspunkt der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen macht (siehe Beitrag von Professor Schuppert ab Seite 283 in diesem Heft). Der Bürger geht dabei nicht in der Rolle des Kunden oder Konsumenten auf, sondern ist als Adressat von gemeinwohlorientierten Dienstleistungen immer auch „citizen“ und insoweit von vornherein in die Entscheidungsfindung darüber einzubeziehen, welche Dienstleistungen in welcher Art und Weise angeboten werden sollen. Er definiert mit, was „public value“ ist. „Public value“ entsteht also in einem Prozess des Ausräumens der Eigeninteressen des Bürgers, des öffentlichen Interesses und des prozeduralen Interesses. Es geht in dieser dialogischen Bestimmung von „public value“ nicht nur um Effektivität und Produktivität öffentlicher Dienstleistungen, sondern um die partizipative Einflussnahme, was für öffentliche Dienstleistungen man eigentlich will.

Wenn diese Grundüberlegungen zum Maßstab genommen werden, ist es konsequent und weiterführend, dem Bürger möglichst ortsnahe und in seinen konkreten Lebensumständen zu begegnen, seine Einstellungsmuster kennen zu lernen, ihn also im Kontext seines jeweiligen Milieus zu sehen. Von daher führt eine direkte Verbindung zur Lebensstilforschung, die der vhw nun seit mehreren Jahren mit Sinus Sociovision, Heidelberg verfolgt. Diese Vorgehensweise macht es möglich, nicht nur von dem Bürger zu sprechen, sondern in einem höchst ausdifferenzierten Sozialraum Stadt verschiedene Bürgerzielgruppen in den Blick zu nehmen und über konkrete Maßnahmen nachzudenken, wie sie befähigt werden können, ihre Interessen zu artikulieren und in den oben angemahnten kommunikativen und interaktiven Prozess der Bestimmung von „public value“ einzubringen.



Peter Rohland
Hauptgeschäftsführer des vhw e.V.

